

Tausende fürchten den Verlust der Wohnung

Zahl der Obdachlosen im Land steigt: Laut Statistik der Diakonie sind deutlich mehr Frauen betroffen – nicht nur in großen Städten

VON ANNE HOLBACH

KIEL. Die Zahl der Wohnungslosen in Schleswig-Holstein und der Menschen, die sich davon akut bedroht sehen, ist drastisch gestiegen. Das zeigt eine am Dienstag vorgestellte Statistik der Diakonie. Im vergangenen Jahr suchten 8844 Betroffene in deren Anlaufstellen nach Hilfe, das waren rund 1000 mehr als 2021. Besonders sprunghaft stieg die Zahl der Frauen an, die in Not gerieten.

„Als ich die Zahlen gesehen habe, habe ich einen Riesenschreck bekommen“, sagt Landespastor und Diakonievorstand Heiko Naß. „Unsere Befürchtungen haben sich leider bestätigt.“ Warum Personen ohne Wohnung dastehen, sei individuell sehr unterschiedlich. In der Coronazeit hätten nicht nur psychische Belastungen zugenommen. „Wir sehen auch die Tendenz, dass immer mehr Menschen angesichts der hohen Kosten für Lebensmittel, Miete oder Strom nicht mehr über die Runden kommen.“ Eine Zunahme von Räumungen wegen Mietschulden sei wahrnehmbar.

Tatsächlich dürfte die Zahl der Wohnungslosen noch höher liegen. Zwar sei die Diakonie mit ihren Hilfsangeboten in fast allen Kreisen und kreisfreien Städten vertreten und könne daher einen Trend abbilden. Nicht alle Betroffenen finden aber den Weg dorthin und gehen demnach nicht in die Statistik ein. „Erschre-



Immer mehr Menschen in Schleswig-Holstein sind von Wohnungslosigkeit betroffen.

FOTOS: RALF HIRSCHBERGER, ANNE HOLBACH

ckend ist, dass so viele Frauen betroffen sind“, sagt Naß. 3029 Frauen suchten Hilfe, vor zwei Jahren waren es noch weniger als 2000.

Frauen versuchten meist, möglichst lange nicht als wohnungslos aufzufallen, sagt Referentin Kathrin Kläschen. Während der Coronazeit habe sich in Familien mit Schwierigkeiten der Druck erhöht, mit Pandemieende komme es nun vermehrt zu Trennungen. Vielfach könnten sich Frauen dann alleine ihre Wohnung nicht mehr leisten. „Oftmals haben sie auch gewaltgeprägte Beziehungen erlebt.“ In

Frauenhäusern finden sie aber keinen Platz. In die Beratungsstellen kämen vermehrt auch Alleinerziehende, die an ihre finanziellen Grenzen gelangen, und Familien mit vielen Kindern, denen der Verlust der Wohnung drohe.

Geschlechtergetrennte Anlaufstellen fehlen

Laut Naß wird dringend ein Nothilfeprogramm für Frauen benötigt, weil sie teilweise andere Beratungsbedürfnisse haben und Schutzräume brauchen. Wenn sie Gewalt erlebt haben, haben viele Frauen

Angst, in einer gemischten Unterkunft zu übernachten. Nicht überall gebe es geschlechtergetrennte Anlaufstellen. Sie einzurichten, koste Geld und mache mehr Personal notwendig.

Die Unterkünfte für Wohnungslose seien schon jetzt „voll bis übertoll“ – nicht nur im Winter. „Wir haben vergangenen Sommer erlebt, dass unsere Notschlafstellen durchgehend stark belegt waren. Das war neu für uns“, sagt Sabine Willert, Beraterin bei der Diakonie Rendsburg-Eckernförde.

„Wir brauchen Mindest-

standards in kommunalen Unterkünften“, sagt Kläschen. Teilweise werden Wohnungslose in Hotels untergebracht, wo sie ohne Küche keine Möglichkeit haben, sich selbst zu versorgen. In Mehrbettzimmern fehle Rückzugsraum. Es bräuchte mehr aufsuchende Hilfen genauso wie eine Belegungssteuerung, um Gewaltpotenziale zu vermeiden, so Naß. Mancher scheue Unterkünfte wegen drohender Konflikte auf engem Raum.

Übergriffe auf Obdachlose, wie zuletzt in Kiel, seien leider keine Seltenheit. „Es hat schon immer Gewalt gegen



„Wer schon vor dem Anstieg der Inflation mit wenig Einkommen kaum klargekommen ist, gerät jetzt erst recht in große Schwierigkeiten.“

Kathrin Kläschen,
Diakonisches Werk

Straßenobdachlose gegeben, sie wird uns durch solche Fälle aber präsenter“, so Kläschen. Am Wochenende waren zwei Obdachlosen in einem Hinterhof im Schlaf attackiert worden. Dass hier Menschen im selbstgesuchten Schutzraum angegriffen wurden, habe sie besonders betroffen gemacht.

Besonders viele Wohnungslose gab es nicht nur in Städten wie Kiel mit 2155 Hilfesuchenden oder Neumünster (782). Im Kreis Segeberg kamen 949 Menschen in die Beratungsstellen und Notunterkünfte, auch in Norderstedt waren es fast 880.